



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt
Landrat des Kantons Basel-Landschaft

12.0734.02

2012/139

An den Grossen Rat

**Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission
Universität Basel (IGPK Uni) betreffend
Berichterstattung 2011 der Universität zum Leistungsauftrag**

Partnerschaftliches Geschäft

Vom 30. August 2012

I. Zusammensetzung der Kommission

(Stand Juni 2012)

Basel-Landschaft

Marc Joset, SP; Präsident
 Rahel Bänziger, Grüne
 Caroline Mall, SVP
 Patrick Schäfli, fraktionslos
 Agathe Schuler, CVP/EVP
 Georges Thüring, SVP
 Mirjam Würth, SP

Basel-Stadt

Oskar Herzig, SVP; Vizepräsident
 Maria Berger-Coenen, SP
 Andrea Bollinger, SP
 Patrick Hafner, SVP
 Ernst Mutschler, FDP
 Greta Schindler, SP
 Dieter Werthemann, GLP

II. Auftrag der IGPK

Die Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission als Organ der gemeinsamen Oberaufsicht der Parlamente der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft hat gemäss § 20 des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel den Vollzug des Staatsvertrags zu überprüfen und darüber zu berichten. Insbesondere hat sie die Berichterstattung des Universitätsrates zum Leistungsauftrag zu prüfen und den Geschäftsbericht und den Revisionsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Die Parlamente der Trägerkantone nehmen die Berichterstattung zum Leistungsauftrag – auf Antrag der IGPK – zur Kenntnis (§ 19 Buchstabe b des Staatsvertrags).

III. Ausgangslage

Mit dem Leistungsbericht für das Jahr 2011 berichtet die Universität über das zweite Jahr der Leistungsperiode 2010 - 2013.

Die Regierungen der beiden Trägerkantone beantragen dem Landrat und dem Grossen Rat den Bericht 2011 zum Leistungsauftrag, den Jahresbericht 2011 sowie die Jahresrechnung zur Kenntnis zu nehmen.

IV. Beratungen der IGPK

Die IGPK hat an ihrer Sitzung vom 20. Juni 2011 den Leistungsbericht 2011 der Universität beraten.

An der Sitzung nahmen 10 Mitglieder der IGPK teil sowie:

- Urs Wüthrich, Regierungsrat BL;
- Dieter Scholer, Mitglied Universitätsrat, Präsident der Fachkommission Immobilien;
- Antonio Loprieno, Rektor der Universität;
- Christoph Tschumi, Verwaltungsdirektor der Universität;
- Joakim Rüegger, Sekretär Universitätsrat, Erziehungsdepartement BS;
- Anja Huovinen, Stabstelle Hochschulen BL.

Vorgängig fand das Universitätshearing statt, an dem die IGPK-Mitglieder und auch einige Grossräte und Landräte aus den jeweiligen Finanz-, Gesundheits- und Bildungskommissionen teilnahmen.

Im Vorfeld der Kommissionsberatungen wurden aus den Reihen der IGPK rund 40 Fragen an die Uni gestellt, deren Antworten den Mitgliedern rechtzeitig zur Verfügung standen.

Im Folgenden sei eine Auswahl der schriftlichen und mündlichen Ergänzungen wiedergegeben.

V. Detailberatung des Leistungsberichtes 2011

1. Jahresrechnung

Die IGPK nimmt zustimmend von der Jahresrechnung Kenntnis. Bei einem Gesamtaufwand von 646 Mio. Franken schliesst die Universität das Rechnungsjahr 2011 mit einem Defizit von CHF 4,7 Mio. ab. Der Bestand an freien Mitteln von ca. CHF 18 Mio. lässt dieses Defizit als verkraftbar erscheinen. Zweckbestimmte Rücklagen und freie Mittel werden gemäss § 36 Abs. 1 des Staatsvertrags im Eigenkapital der Universität auf die Folgejahre vorgetragen.

Aufgrund der Rechnung 2011 und der Planung für die kommenden Jahre kann davon ausgegangen werden, dass die Universität die laufende Leistungsperiode 2010-2013 ausgeglichen abschliessen wird.

Der Bericht der Revisionsstelle belegt die ausserordentliche Qualität der universitären Rechnungslegung.

2. Strategische Entwicklung 2010-13

Die IGPK wollte genauer erfahren, wie die Universität Basel mit ihren beiden Profilierungsbereichen «Life Sciences» und «Kultur» im Kontext der entsprechenden Angebote der übrigen schweizerischen Hochschulen positioniert ist.

Als Volluniversität unterscheidet sich das Lehr- und Forschungsprofil der Universität Basel nicht grundsätzlich von dem anderer Volluniversitäten wie etwa Bern oder Zürich, wohl aber von den kleinen Teil-Universitäten wie St. Gallen, Luzern, Tessin und Neuenburg. Auch bei der Gestaltung der strategischen Schwerpunkte geht es nicht primär um die inhaltliche Abgrenzung von anderen Universitäten, sondern um Profilschärfung in jenen Bereichen, die für die Universität aufgrund ihrer historischen und regionalen Verortung wichtig sind.

In ihren Profilierungsbereichen gehört die Universität Basel ohne Zweifel qualitativ zur nationalen Spitze. Dies belegen in erster Linie die Kennzahlen über die eingeworbenen Drittmittel im kompetitiven Bereich. Indem sich die Universität bei ihrer strategischen Orientierung ihren historisch gewachsenen Stärken und – damit verbunden – dem regionalen politisch-wirtschaftlichen Umfeld verpflichtet fühlt, steht der national und international hoch konkurrenzorientierte Schwerpunkt in den Life Sciences auch weiterhin nicht zur Disposition. Dasselbe gilt für den Profilierungsbereich Kultur, welcher der Verbindung der Universität zur Humanismustradition und der Kulturregion Basel geschuldet ist. Im Hinblick auf die Weiterentwicklung der universitären Strategie ab Leistungsperiode 2014 werden allerdings derzeit Überlegungen angestellt, die strategischen Schwerpunkte auszudifferenzieren. In einem solchen Prozess könnte das Argument der inhaltlichen Abgrenzung vom Angebot benachbarter Universitäten einen höheren Stellenwert erhalten.

3. Zusammenarbeit mit anderen Bildungsstätten

In Kapitel 4.1 des diesjährigen Leistungsberichts wird ausführlich über die Koordination und Zusammenarbeit mit anderen Bildungsstätten berichtet.

Fragen aus der IGPK betrafen die Zusammenarbeit im Allgemeinen, aber auch im Speziellen (ETHZ, FHNW).

Die Verantwortlichen der Universität bestätigen, dass das Thema Zusammenarbeit bzw. Konkurrenz zu anderen Universitäten oder zur ETH Zürich allgegenwärtig sei. Generell tendierten die Universitäten zu autonomem Handeln; das Verhältnis unter ihnen sei primär vom Prinzip der Konkurrenz geprägt. Der Drang zur Kooperation sei erfahrungsgemäss bei kleineren Universitäten stärker ausgeprägt als bei grossen und finanzstarken. In der Praxis zeige sich, dass Kooperationen in kleineren Fachbereichen (Bsp. Nordistik Basel/Zürich) besser funktionieren als in den strategisch

wichtigen, weil der Druck zur Zusammenarbeit grösser und die Konkurrenzsituation kleiner sei.

– **ETH Z / D-BSSE**

Die Kooperation zwischen der Universität Basel (Departement Biozentrum und C-CINA) und dem D-BSSE habe sich in den letzten Jahren auf Forschungsebene stark verbessert und sei mittlerweile gut etabliert. Auch im Bereich der infrastrukturellen Zusammenarbeit würden die möglichen Synergien genutzt, etwa bei kostenintensiven Einrichtungen wie den Mouse Facilities und der Mikroskopie. Diese Zusammenarbeit profitiere von der räumlichen Nähe und institutionellen Verflochtenheit.

– **Zahnmedizin**

Eine vertiefte Kooperation im Bereich Zahnmedizin sei abgebrochen worden, obwohl man sich von Seiten der Universität Basel um die Realisierung dieser Kooperation nach Kräften bemüht habe. Kooperationen lassen sich aber nur umsetzen, wenn sie von beiden Partnern auf der Ebene, auf der die Kooperation real stattfinden muss - d.h. auf der Ebene der jeweiligen Departemente -, akzeptiert wird. Diese Voraussetzung war nicht gegeben und liess sich auch nicht herbeiführen.

– **FHNW**

Bei den Doktoratsprogrammen haben sich das Rektorat der Uni und das FHNW-Direktorium im November 2011 auf wichtige Grundsätze für die Zusammenarbeit Universität/FHNW geeinigt. Insbesondere unterstützen die Universität Basel und die FHNW die Kooperation in Promotionsverfahren in den von ihnen angebotenen Fachdisziplinen (FHNW) bzw. Promotionsfächern (Universität). Zudem schaffen das Rektorat der Universität Basel und das Direktionspräsidium der FHNW Rahmenbedingungen, um die Promotion geeigneter Master-Absolventen/-innen beider Institutionen zu ermöglichen und zu fördern. Das Rektorat der Universität empfiehlt ihren Fakultäten die Aufnahme von qualifizierten wissenschaftlichen Mitarbeitenden der FHNW zum Doktoratsstudium. Im Bereich Nanowissenschaften wurde inzwischen ein Pilotprojekt lanciert. Über weitere thematische Bereiche soll im Herbst 2012 entschieden werden. Die Universität setzt sich für den Erhalt eines einheitlichen Doktorats ein; es gibt also keine von der Provenienz der AbsolventInnen begründete Unterscheidung im Titel.

4. Studiengebühren

Zur aktuellen Diskussion über die (unterschiedlichen) Studiengebühren an Schweizer Hochschulen nimmt die Universität wie folgt Stellung:

Die Universität hat im Jahr 2011 zur Frage der Studiengebühren den Regierungen beider Trägerkantone eine Auslegeordnung – insbesondere zur Option von gestuften Gebühren für schweizerische und ausländische Studierende – vorgelegt. Es wurde vereinbart, dass diese Frage in den zuständigen politischen Behörden der Trägerkantone zu diskutieren sei und dass die Universität nicht von sich aus aktiv werden soll. In Übereinstimmung mit dieser Abmachung plant die Universität in der aktuellen Leistungsperiode keine Massnahmen bei den Studiengebühren. Grundsätzlich ist die Universität weiterhin der Meinung, dass bei den Studiengebühren gesamtschweizerisch eine einheitliche Entwicklung erfolgen sollte, wobei man sich in Basel in erster Linie an Universitäten wie Bern und Zürich orientiert.

5. Bauvorhaben der Universität

Im Rahmen des Hearings liess sich die IGPK über die neue Raumstrategie der Universität und die aktuellen Bauvorhaben informieren.

– **Campus Schällemätteli**

Dem Konzept für dieses Grossvorhaben im Bereich der Life Sciences liegen folgende Eckwerte zugrunde:

- Campus mit hoher Ausstrahlung und Attraktivität für Forschende, Lehrende, Studierende und Industriepartner;
- Life Science Cluster mit allen wichtigen Disziplinen inkl. D-BSSE dank hoher Verdichtung;

- optimaler Wissensaustausch und effiziente Zusammenarbeit durch kurze Wege;
 - optimale Anbindung an USB/UKBB für medizinische Lehre und Forschung;
 - Einsparungen durch gemeinsame Nutzung kostenintensiver Infrastrukturen («Core Facilities»).
- Die Baukreditvorlage soll noch im Jahre 2012 den Parlamenten der beiden Trägerkantone unterbreitet werden.

– **Raumproblematik bei den Sportwissenschaften**

Auf eine entsprechende Frage aus den Reihen der IGPK informierte die Universität wie folgt: Für einen Neubau für Sport und Sportwissenschaften (ISSW) wurden bislang insbesondere zwei Standorte in Betracht gezogen (Schänzli Muttentz, Polyfeld Muttentz). Während ein Neubau auf dem Schänzli seitens der Gemeinde Muttentz unerwünscht ist, wird das Polyfeld Muttentz aufgrund der Distanzen zum Petersplatz/Unispital und zu den Sportanlagen im St. Jakob vom ISSW als sehr ungünstig beurteilt. Als weitere Option eröffnet hat sich ein Anbau an die St. Jakobshalle auf Baselbieter Boden, was aufgrund der Nähe zu den Sportanlagen St. Jakob ein idealer Ort wäre. Eine Machbarkeitsstudie hat ergeben, dass ein Anbau an die St. Jakobshalle das gesamte Raumprogramm des ISSW aufnehmen könnte. Die Gesamtkosten für den Neubau wurden noch nicht im Detail definiert. Der Anbau für das ISSW soll in den Projektwettbewerb für den Umbau der St. Jakobshalle einbezogen werden.

6. Frauenanteil Dozierende

Auf die Frage nach der Entwicklung des Frauenanteils in den einzelnen Fachbereichen bestätigt der Rektor die Relation zwischen dem Frauenanteil bei den Studierenden und beim (höheren) Lehrkörper. In Fakultäten, in denen mehr Frauen als Männer studieren (Jurisprudenz und phil. hist.), ist der Frauenanteil bei den Professuren erheblich höher als in den Fakultäten mit einem höheren Männeranteil unter den Studierenden (Theologie, phil. nat., Wirtschaftswissenschaften). Eine Ausnahme stellt die Psychologie dar, wo vier Mal mehr Frauen studieren als Männer. Hier hat sich der Frauenanteil bei den Professuren durch zwei kürzlich erfolgte Wegberufungen von Frauen, die beide durch Männer ersetzt wurden, verschlechtert. Ein Sonderfall stellt die Medizin dar, wo sich der höhere Frauenanteil bei den Studierenden bei den Professuren (noch) nicht niederschlägt. Eine Analyse habe aufgezeigt, dass grundsätzlich weniger Frauen eine akademische Karriere einschlagen wollen als Männer. Demzufolge stünden im Rahmen von Anstellungen beziehungsweise bei Berufungen auch weniger Frauen zur Verfügung. Der Anteil der Frauen sei nur indirekt ein akademisches Anliegen. Das Ganze sei gesellschaftspolitisch, als gesamt-kulturelle Frage, zu beurteilen.

VI. Bericht der Fachkommission Immobilien der Universität

Dieter Scholer, Mitglied des Universitätsrates und Präsident der Fachkommission Immobilien, erläuterte der IGPK den Bericht für das Jahr 2011. Er stellte ergänzend fest, dass die Finanzkontrolle Basel-Landschaft festgestellt habe, dass die Fachkommission Immobilien «so korrekt wie möglich» arbeite und ihr ein gutes Zeugnis ausgestellt habe.

Von Seiten eines BL-Mitgliedes der IGPK wurde bemängelt, dass es nach wie vor nicht gelungen sei, Auftragsvergaben paritätisch in die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt zu vergeben. Der Präsident der Fachkommission entgegnete, dass seine Kommission die Subventionsgesetzgebung nicht nach eigenem Gutdünken biegen könne.

In der Beratung wird dazu ergänzt, dass es wichtig sei, dass *regionale* Unternehmen, welche auch viele Baselbieter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, zum Zuge kommen.

Der Bericht der Fachkommission Immobilien der Universität Basel für das Jahr 2011 wurde von der IGPK mit 9:0 Stimmen bei einer Enthaltung zustimmend zur Kenntnis genommen.

VII. Antrag

Die IGPK beantragt mit 10:0 Stimmen dem Grossen Rat und dem Landrat einstimmig die Annahme des beiliegenden Beschlussentwurfes.

Binningen, den 30. August 2012

Namens der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität Basel

Der Präsident: Marc Joset

Beilage:

Beschluss-Entwurf

Grossratsbeschluss**betreffend****Berichterstattung 2011 der Universität zum Leistungsauftrag**
(Partnerschaftliches Geschäft)

vom

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, nach Einsichtnahme in den Bericht des Regierungsrates Nr. 12.0734.01 vom 15. Mai 2012 sowie in den Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Universität Nr. 12.0734.02 vom 30. August 2012, beschliesst:

Der Bericht 2011 zum Leistungsauftrag der Universität Basel wird gemäss § 19 Bst. b des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität (Universitätsvertrag) vom 27. Juni 2006 zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.